
Testatsexemplar

JANSSEN-CILAG GmbH
Neuss

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022
und Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum
31. Dezember 2022

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS

Original



Inhaltsverzeichnis

Seite

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022.....	1
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022.....	1
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS.....	1

Lagebericht der JANSSEN-CILAG GmbH für das Geschäftsjahr 2022

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die JANSSEN-CILAG GmbH (JANSSEN-CILAG) ist ein Unternehmen des Johnson & Johnson-Konzerns. Johnson & Johnson ist ein Hersteller von Healthcare Produkten. In seinen drei Geschäftsfeldern Consumer Health Care, Pharmaceuticals und Medtech (MD) ist Johnson & Johnson mit über 250 Firmen und insgesamt mehr als 155.800 Mitarbeitern in über 60 Ländern vertreten.

Im November 2021 kündigte der Konzern seinen Plan an, das Consumer Healthcare Geschäft auf ein neu zu gründendes börsennotiertes Unternehmen ausgliedern. Hintergrund war hierfür die bessere Positionierung, um Patienten und Verbraucher zu versorgen, gezieltere Geschäftsstrategien zu verfolgen und das Wachstum als separate und unabhängige Unternehmen zu beschleunigen.

Im September 2022 wurde Kenvue als neuer Name für den Geschäftsbereich Consumer Health ausgewählt. Kenvue wurde ausgegliedert und im Mai 2023 wurde ein Börsengang durchgeführt, bei dem Johnson & Johnson eine Mehrheitsbeteiligung von rund 91 Prozent hält.

Gegenstand des Unternehmens ist die Erforschung und der Vertrieb pharmazeutischer Produkte. Die JANSSEN-CILAG ist in folgenden Therapiefeldern vertreten: Immunologie (u.a. Morbus Crohn, Psoriasis, Psoriasis Arthritis, Rheumatoide Arthritis), Psychiatrie/Neurologie (Alzheimer, Depression, Multiple Sklerose), Onkologie (u.a. Prostatakrebs, Multiples Myelom, Blasen-, Lungenkrebs, Anämie bei Krebs, Akute Myeloische Leukämie, Chronisch Lymphatische Leukämie), Infektiologie (u.a. HIV) sowie pulmonal-arterieller Lungenhochdruck. JANSSEN-CILAG bezieht seine Waren ausschließlich von Johnson & Johnson Konzernunternehmen über ein konzerninternes europäisches Zentrallager.

2. Forschung und Entwicklung

Die Aktivitäten der Auftragsforschung im Bereich der Klinischen Forschung konzentrieren sich auf die optimale Planung und Durchführung von klinischen forschung Prüfungen unter Einhaltung der gesetzlichen und firmeninternen Regeln und Gesetze wie z.B. AMG (Arzneimittelgesetz) und GCP (Good Clinical Practice). Schwerpunkte der Forschungsaktivitäten sind die medikamentöse Behandlung in den Indikationsgebieten Immunologie, Onkologie, Psychiatrie, Neurologie sowie bei Infektionskrankheiten.

Klinische Prüfungen der JANSSEN-CILAG werden in enger Abstimmung mit der Konzernzentrale durchgeführt, um einen optimalen Beitrag für die internationale Entwicklung zu leisten und europäische Zulassungen der innovativen Substanzen aus der JANSSEN-CILAG Forschung zu erreichen. Insgesamt waren im Geschäftsjahr 2022 ca. 90 Mitarbeiter (Vj. 80) mit der Planung und Durchführung von Forschungsaufgaben beschäftigt. Die Aufwendungen, die im Rahmen der Auftragsforschung für konzerninterne Forschungsunternehmen anfallen, werden im Bereich des Wareneinsatzes, des Personalaufwands und bei den Abschreibungen ausgewiesen. Die Erträge aus der Weiterbelastung dieser Aufwendungen werden unter den Umsatzerlösen gezeigt.

3. Personalentwicklung

Die Zahl der Mitarbeiter zum 31. Dezember 2022 beläuft sich auf 1.412. Die Anzahl der Angestellten entfällt auf 1.084 Angestellte im Innendienst sowie 328 Angestellte im Außendienst. Es wurden keine Arbeiter beschäftigt.

Der gesamte Aus- und Fortbildungsaufwand betrug € 2,5 Mio.

JANSSEN-CILAG gewährt jedem unbefristet beschäftigten Mitarbeiter die Mitgliedschaft in einem Versorgungsplan (Berufsunfähigkeits-, Alters-, Hinterbliebenenrenten). Der Pensionsplan geht über die gesetzlichen Vorschriften zur betrieblichen Altersvorsorge hinaus.

II. Wirtschaftsbericht

1. Rahmenbedingungen

Der deutsche Pharmamarkt erzielte in 2022 knapp 49 Mrd. € Umsatz und schloss das Jahr mit 5,5% Wachstum ab.

Der 2003 eingeführte Herstellerrabatt auf patentgeschützte, erstattungsfähige Arzneimittel ohne Festbetrag betrug 2022 7%. Im April 2006 wurde zusätzlich der Generikaabschlag auf patentfreie, generikafähige Arzneimittel eingeführt, dessen Prozentsatz sich auf 10% beläuft. In Summe ist daher ein bis zu 16%-iger (gedeckelter) Zwangsrabatt für patentfreie, generikafähige Arzneimittel zu erstatten. Das Preismoratorium, das die Preise auf den Stand vom 1. August 2009 festschreibt, wurde im März 2017 durch das GKV-Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz (AMVSG) bis 2022 verlängert.

Durch das Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) werden seit dem 1. Januar 2011 erstattungsfähige Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen durch den Gemeinsamen Bundesausschuss bezüglich ihres Zusatznutzens bewertet. Auf Grundlage des Beschlusses des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Nutzenbewertung verhandelt der Spitzenverband der Krankenkassen mit dem pharmazeutischen Unternehmen im Einvernehmen mit dem Verband der privaten Krankenversicherung einen Erstattungsbetrag für das entsprechende Arzneimittel.

Das neue Finanzstabilisierungsgesetz wurde am 12. November 2022 verabschiedet und tritt zum 1. Januar 2023 in Kraft. Es umfasst eine Reihe von Maßnahmen:

- Für das Jahr 2023 wird ein erhöhter Herstellerabschlag erhoben. Zusätzlich zum bisherigen Abschlag von 7% werden für das Jahr 2023 weitere 5% erhoben, so dass der Herstellerabschlag nun 12% beträgt.
- Die Regeln zur Nutzenbewertung für neu einzuführende Produkte oder Indikationen wurden verschärft.
- Die bisherige Regelung zur freien Preisgestaltung im vollen ersten Jahr nach der Einführung eines neuen Produkts wird auf 6 Monate begrenzt.
- Ein neuer Rabatttyp für Medikamente mit neuen Wirkstoffen, der im Rahmen eines Kombinationsschemas mit anderen Medikamenten verwendet wird, ist ab dem 2. Mai 2023 zu entrichten und beträgt 20% des Abgabepreises, es sei denn, die Hersteller können einen mindestens „beträchtlichen“ Zusatznutzen nachweisen" (Kombinationsrabatt).

2. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

JANSSEN-CILAG erreichte ein Wachstum nach den Kennzahlen der Konzernrechnungslegung (US GAAP) von +10,6% und ist am Umsatz gemessen das zweitgrößte Pharmaunternehmen in Deutschland. (Quelle: IQVIA). Unterschiede zum Ausweis der Umsatzerlöse im handelsrechtlichen Jahresabschluss ergeben sich insbesondere aus der seit dem Geschäftsjahr 2016 geänderten Umsatzqualifikation im handelsrechtlichen Jahresabschluss nach BilRUG sowie periodenbedingten Abgrenzungen und temporären Unterschieden bei der Umsatzrealisierung.

Die Umsatzerlöse nach handelsrechtlichen Vorschriften der JANSSEN-CILAG lagen mit € 2.936,3 Mio. um € 308,0 Mio. deutlich über Vorjahresniveau. JANSSEN-CILAG beendet das Jahr 2022 nach HGB mit einem starken Umsatzwachstum von 11,7%. Das starke Umsatzwachstum bei den innovativen, patentgeschützten Produkten wie z.B., STELARA® (Immunologie), TREMFYA® (Immunologie), DARZALEX® (Onkologie) und ERLEADA® (Onkologie) konnte den Umsatzrückgang bei Zytiga (Onkologie) überkompensieren.

DARZALEX® (Onkologie) verzeichnete durch Wachstum der subkutanen Darreichung in der Erstlinientherapie des multiplen Myeloms erneut starken Zuwachs von € 250,3 Mio. für 2022 und ist mit einem Umsatzanteil von 27,8% stärkstes Produkt. STELARA® (Immunologie) gewann an Umsatz in Höhe von € 49,3 Mio. durch Wachstum in den Indikationen UC (Colitis Ulcerosa) und Gastroenterologie (Morbus Crohn) und ist mit einem Umsatzanteil von 20,7% zweit umsatzstärkstes Produkt. Die Umsatzerlöse von IMBRUVICA® (Onkologie) verringerten sich um € 8,6 Mio mit einem Umsatzanteil von 13,7% bedingt durch Wettbewerbsdruck.

Der Umsatz von ZYTIGA® (Onkologie) verzeichnete einen Rückgang um € 94,6 Mio. im Vergleich zum Vorjahr und hat einen Umsatzanteil von 10,1%. Der Grund für den Rückgang war der Markteintritt von Generika nach Patentablauf in Q4/2022. TREMFYA® (Immunologie) wuchs um € 49,8 Mio. mit einem Umsatzanteil von 6,5%. Steigende Marktanteile insbesondere im Segment der bionativen Patienten und ERLEADA® (Onkologie) für die Behandlung des metastasierenden, hormonsensitiven Prostatakarzinoms führte zu einem Umsatzwachstum von € 122,9 Mio. mit einem Umsatzanteil von 9,7%.

a. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 erwirtschaftete die JANSSEN-CILAG ein Ergebnis nach Steuern von € 114,2 Mio. Dies entspricht einer Zunahme von € 7,9 Mio. gegenüber dem Vorjahr und ist im Wesentlichen verursacht durch die deutlich gestiegenen Umsatzerlöse. Den erneut gestiegenen Umsatzerlösen in Höhe von € 308,0 Mio. (+ 11,7%) steht ein gestiegener Materialaufwand in Höhe von € 317,2 Mio. (+15,2%) aufgrund gestiegener Einkaufsmengen für Handelswaren gegenüber.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um € 3,5 Mio. aufgrund der Zunahme der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Weiterhin trugen geringere Aufwendungen für Sozialabgaben und Altersversorgung (€ -9,8 Mio.) aufgrund geringerer Zuführungen zu Pensionsrückstellungen zu dem positiven Ergebnis bei. Die Löhne und Gehälter stiegen aufgrund von Tarifierhöhungen und Zunahme der Mitarbeiterzahlen um 9,1%; Sozialversicherungs- und Rentenbeiträge sanken dahingegen um 17,7%. Zusammen mit den sozialen Abgaben und Aufwendungen entsprechen die Personalaufwendungen 7,3% des Jahresumsatzes (Vorjahr 8,1%) und liegen € 4,3 Mio über Vorjahr. Zudem entlastete der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (-€ 9,3 Mio.) das Ergebnis. Es stiegen die Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten (+€1,0 Mio.) und, für Reisekosten (+€ 4,1 Mio.). Dagegen sanken die Aufwendungen für Instandhaltung (-€ 0,3 Mio.) für Werbung (-€ 14,2 Mio.), für Marktforschung(-€ 4,3 Mio.), für Forschung (-€ 3,0 Mio) und für freie Mitarbeiter (-€ 2,6 Mio.). Wie in den Vorjahren auch stellen die Werbeleistungen in Höhe von € 57,8 Mio. den größten Einzelposten bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen dar.

Die Zinsaufwendungen beinhalten im Wesentlichen in Höhe von T€ 3.814 (VJ T€ 6.006) Zinsen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Der Steueraufwand für Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer ist um € 5,9 Mio. auf € 60,9 Mio. gesunken

b. Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft ist durch die Einbindung in das Cash-Pool-Management der Johnson & Johnson Gruppe gewährleistet und durch den Konzern gesichert. Die Konzernmutter ist weiterhin mit dem AAA-Rating eingestuft. Um die Finanzlage zu überwachen, werden im Konzern die Finanzströme über das Global Treasury Center überwacht und verwaltet. Geldanlagen finden weitestgehend hausintern statt. Die liquiden Mittel der Gesellschaft hatten sich nach erhöhten Lastschriften im Bereich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum Jahresende 2021 um € 9,6 Mio. auf ein übliches Niveau von € 1,9 Mio. verringert.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist zum 31. Dezember 2022 gegenüber dem Vorjahr um € 53,3 Mio. gestiegen und beträgt zum Stichtag € 1.162,2 Mio. Das Anlagevermögen ist insgesamt gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. Die Sachanlagen sanken leicht bedingt durch Abschreibungen der im Vorjahr getätigten Investitionen in Gebäude um - € 1,8 Mio. Das Anlagevermögen hat einen Anteil an der Bilanzsumme von 3,5%.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich um € 64,3 Mio auf € 1.118,2 Mio. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des Cashpool Guthabens gegenüber der Gesellschafterin Johnson & Johnson Holding GmbH im Bereich der Forderungen gegen verbundene Unternehmen. Diese erhöhten sich um 5,8% gegenüber dem Vorjahr und betragen zum Bilanzstichtag € 1.045,9 Mio. (Vorjahr € 988,2 Mio.).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit € 65,2 Mio. nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Aufgrund der seit dem 1. Januar 2020 begründeten ertragsteuerlichen Organschaft und der Verpflichtung, das gesamte Jahresergebnis an den Organträger Johnson & Johnson Holding GmbH abzuführen, beläuft sich der Jahresüberschuss, wie im Vorjahr, auf ein ausgeglichenes Ergebnis von € 0,00. Das Eigenkapital der JANSSEN-CILAG bleibt daher unverändert bei € 36,3 Mio., da das Jahresergebnis als Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen wurde. Bezogen auf die Bilanzsumme minderte sich das Eigenkapital von 3,3% auf 3,1%.

Durch den Einfluss der Inflationsrate auf Gehalts- und Rententrend und des Marktzinses auf die Pensionsrückstellungen der aktiven Mitarbeiter erhöhten sich die Pensionsrückstellungen um insgesamt € 31,2 Mio. auf € 230,5 Mio. (Vorjahr € 199,3 Mio.); ihr Anteil an der Bilanzsumme beträgt nun 19,8 %.

Die Steuerrückstellungen blieben mit € 3,1 Mio nahezu unverändert.

Die sonstigen Rückstellungen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um € - 17,2 Mio. auf € 182,9 Mio. Dies resultiert, unter anderem, aus der Auflösung der Rückstellung für die Absichtserklärung (€ - 6,7 Mio.). Weiter hin reduzierten sich die Rückstellungen für Aktienoptionsprogramme (€ - 4,6 Mio.), die Rückstellung für ausstehende Rechnungen (€ -3,4 Mio.) sowie die Rückstellung für Forschung (€ - 3,1 Mio.).

Gegenläufig haben sich die Rabatte an Krankenkassen sowie die Herstellerrabatte um € 7,2 Mio. auf € 82,2 Mio. erhöht (Vorjahr € - 75,0 Mio.). Der hauptsächliche Treiber der gestiegenen Rabatte ist das Wachstum des Bruttohandelsumsatzes, was wiederum zu einem Aufwärtstrend der Rabattbeträge führt

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich von € 671,0 Mio. auf € 709,5 Mio. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aufgrund des wachsenden Geschäfts aus konzerninternen Lieferungen zurückzuführen.

d. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt anhand der US GAAP Kennzahlen als finanzielle Leistungsindikatoren. Die wesentlichen Kennzahlen sind die Umsatzerlöse im Vergleich zu den Planzahlen sowie das Management Net Income. Die Umsatzerlöse entwickelten sich leicht unter Plan. Dementsprechend entwickelte sich auch das Management Net Income leicht unter den geplanten Erwartungen. Die wesentlichen Unterschiede zur handelsrechtlichen Bilanzierung bestehen in der Bewertung der Pensionsrückstellung, der Rückstellungen für Aktienoptionsprogramme sowie in der Realisierung von Umsatzerlösen. Weiterhin sind die handelsrechtlichen Umsatzerlöse um die konzerninternen Weiterbelastungen erhöht.

Wesentliche nicht-finanzielle Leistungsindikatoren sind Marktkennzahlen, z.B. die Entwicklung der Verordnungen und der Veränderung der Anteile von Patientenzahlen innerhalb einer Indikation (Quelle IQVIA).

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Prognosebericht

Wir gehen davon aus, dass durch die Patentabläufe von XEPLION® und Zytiga® (Onkologie) sowie den Preisabschlägen durch das Finanzstabilisierungsgesetz trotz des Wachstums insbesondere der innovativen Produkte DARZALEX® (Onkologie), STELARA® (Dermatologie), TREMFYA® (Immunologie) und ERLEADA® (Onkologie) sowie die Einführung neuer Produkte ein leichter Umsatzrückgang zwischen 0% und 5% in 2023 zu erwarten ist. Für das Management Netcome rechnen wir mit einem leichten Rückgang von bis zu 10%. Trotz des herausfordernden Marktumfeldes lassen sich bis zum Aufstellungszeitpunkt keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf unser Kundenportfolio, Forderungsbestand und andere Unternehmensbereiche feststellen. Eine Veränderung der Ergebnisse von Forschungsprojekten und Zulassungsverfahren sowie andere politische und volkswirtschaftliche Ereignisse können allerdings dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse von unseren Erwartungen abweichen. Trotz der nachhaltigen und belastenden regulativen Eingriffe in den Pharmamarkt wird die Strategie von JANSSEN-CILAG auch in Zukunft ausschließlich auf der Entwicklung von Innovationen für den ethischen Arzneimittelmarkt mit besonderem Schwerpunkt auf therapeutisch bisher unterversorgte Indikationsgebiete liegen.

Der Ukrainekrieg sowie gestörte Lieferketten, steigende Zinsen, hohe Inflation, steigende Energiekosten sowie zunehmende Rezessionsängste haben aktuell keinen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftslage der Gesellschaft. Sie ist ausschließlich in Deutschland tätig und bezieht ihre Produkte vollständig über andere Konzerngesellschaften. Insbesondere eine Einschränkung der Lieferfähigkeit ist derzeit nicht eingetreten und auch nicht absehbar.

2. Risikobericht

Die Gesellschaft ist in das einheitliche Risikomanagementsystem der Johnson & Johnson Gruppe eingebunden. Die Risikogrundsätze werden von der Geschäftsführung festgelegt. Die Einhaltung und Umsetzung dieser Grundsätze wird im Wesentlichen durch die Umsetzung der Sarbanes-Oxley Section 404 Anforderungen überwacht und unterstützt. Zusätzlich existiert ein internes umfangreiches Berichts- und Kontrollwesen. Es werden Gegenmaßnahmen veranlasst und umgesetzt, wenn die sich entwickelnden Risiken die Risikotoleranz überschreiten und nicht mehr im Einklang mit den Risikogrundsätzen stehen.

Das für das Unternehmen wesentliche Risiko ist das Absatz- und Marktrisiko. Der deutsche Pharmamarkt ist weiterhin maßgeblich von der Gesundheitspolitik und entsprechenden gesetzgeberischen Maßnahmen beeinflusst, die insgesamt zu einer Reduzierung des operativen Geschäfts führen können. Hierunter fallen die Nutzenbewertung neuer Arzneimittel sowie zentrale Preisverhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband als auch die Herstellerabschläge für patentgeschützte und keinem Festbetrag unterliegenden Arzneimittel, Generikarabatte auf patentfreie, generikafähige Arzneimittel sowie das Preismoratorium für verschreibungspflichtige Arzneimittel.

Insbesondere ergeben sich Risiken aus dem Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung. (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz – GKV-FinStG). Dieses könnte weitreichende Auswirkungen auf Preisabschläge und die Preisverhandlungen als Folge der Nutzenbewertung haben. Das Gesetz ist Anfang 2023 in Kraft getreten.

Generell besteht das Risiko von Umsatzverlusten in Folge von Patentabläufen vor dem Hintergrund des steigenden Wettbewerbs. Außerdem besteht - wie für alle forschenden Pharmaunternehmen - die Unsicherheit, dass die sich in der Entwicklungspipeline befindlichen Forschungs- und Entwicklungsprojekte nicht auf dem Markt eingeführt werden dürfen bzw. sich nicht erfolgreich am Markt verkaufen.

Zu den Gegenmaßnahmen zählt die kontinuierliche Erweiterung der Zahl der innovativen Produkte mit dem Ziel der Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen Produkten. Das zukünftig auch weiterhin

innovative Produktportfolio wird die Anfälligkeit gegenüber den Patentabläufen einzelner Produkte weiter reduzieren und die Position in den Preisverhandlungen und Nutzenbewertungen stärken.

Im Umgang mit Wechselkursrisiken bewegt sich JANSSEN-CILAG im Rahmen der Konzernvorschriften. Dabei bestehen Wechselkursrisiken aus Leistungsbeziehungen nur im geringen Umfang. Darüber hinaus werden diesbezüglich Risiken regelmäßig überwacht und im Zuge der Berichterstattung berichtet.

Grundsätzlich besteht für die Gesellschaft ein Risiko aus den im Geschäftsjahr 2021 auf den J&J Pension Fund OFP übertragenen Pensionsverpflichtungen, da die Gesellschaft neben dem J&J Pension Fund OFP im Wege der Subsidiärhaftung auch zukünftig für die übertragenen Pensionsverpflichtungen haftet. Aufgrund des erst kürzlich erfolgten Beitritts zum J&J Pension Fund OFP und der Kapitalausstattung, die über dem handelsrechtlichen Wert der übertragenen Pensionsverpflichtungen liegt, geht die Geschäftsführung nicht von einer Inanspruchnahme aus.

Neben diesen Risiken sehen wir keine über das inhärente Maß hinausgehende Risiken, insbesondere keine bestandsgefährdenden Risiken. Derzeit sehen wir keine Auswirkungen hieraus, die zu negativen Abweichungen von Prognosen oder Zielen des Unternehmens führen können.

3. Chancenbericht

Chancen bestehen für 2023 und für die folgenden Jahre aus innovativen, patentgeschützten Produkten. Es sind weitere Produktneueinführungen bzw. Indikationserweiterungen, insbesondere auf dem Gebiet der Onkologie und der Neurologie, für den Zeitraum 2023 bis 2024 geplant.

IV. Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB

Die Gesellschafterversammlung hat zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgabe für die JANSSEN-CILAG GmbH die folgenden Festlegungen zu Zielgrößen und Umsetzungsfristen des Frauenanteils in Geschäftsführung und Aufsichtsrat getroffen. Die Prozentangabe bezieht sich auf den Frauenanteil.

Angaben in %	Umsetzungsperiode bis 30.06.2022		Umsetzungsperiode bis 30.06.2027	
	Status Zeitpunkt Festlegung	Zielgröße	Status 30.06.2022	Zielgröße
Geschäftsleitung	25,00	25,00	33,33	25,00
Aufsichtsrat	33,33	33,33	33,33	33,33
1. Führungsebene	30,00	40,00	80,00	37,50
2. Führungsebene	40,00	45,00	33,00	36,00

Bei Ablauf der Umsetzungsperiode zum 30.06.2022 bestand der Aufsichtsrat der Gesellschaft aus drei Mitgliedern, wovon eine Person weiblich ist. Die bisher festgelegte Zielgröße ist damit erreicht. Der Frauenanteil im Aufsichtsrat von derzeit (33,33%) wird erneut als Zielgröße gemäß § 52 Abs. 2 GmbHG festgelegt.

Der Frauenanteil innerhalb der Geschäftsführung (eingetragene Geschäftsführer:innen) der Gesellschaft beträgt derzeit 50%. Die bisher festgelegte Zielgröße von (25%) ist damit übertroffen. Die Zielgröße für den Frauenanteil innerhalb der Geschäftsführung der Gesellschaft wird erneut auf 25% festgelegt.

Der Frauenanteil in der obersten Führungsebene wurde übererfüllt, da zwei strategisch relevante Positionen aus der zweiten Führungsebene in die oberste Führungsebene aufgestiegen sind. Als Folge davon ergibt sich eine Untererfüllung in der zweiten Führungsebene.

Neuss, 3. Juli 2023

Andreas Gerber

(Vorsitzender)

Carmen Kisters

Dr. Holger Bartz

Dr. Susanne Götting

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom
1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022**

JANSSEN-CILAG GmbH, Neuss
Bilanz zum 31. Dezember 2022
Aktiva

	31.12.2022	31.12.2021
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	251.047,54	390.922,90
	251.047,54	390.922,90
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	28.444.805,23	29.256.974,44
2. Technische Anlagen und Maschinen	225.825,09	249.108,45
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.620.894,47	8.178.964,37
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	246.497,68
	36.291.524,79	37.931.544,94
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.985.649,00	3.985.649,00
	40.528.221,33	42.308.116,84
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	65.223.478,27	64.116.537,32
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon gegen Gesellschafter T€ 1.013.571 ; Vorjahr T€ 945.790)	1.045.913.586,49	988.245.868,08
3. Sonstige Vermögensgegenstände	7.072.153,14	1.530.411,27
	1.118.209.217,90	1.053.892.816,67
II. Flüssige Mittel	1.909.825,95	11.545.021,56
	1.120.119.043,85	1.065.437.838,23
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.584.365,82	1.197.457,73
	1.162.231.631,04	1.108.943.412,80

Passiva

	31.12.2022	31.12.2021
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	5.782.966,82	5.782.966,82
II. Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-3.067.751,29	-3.067.751,29
III. Eingefordertes Kapital	2.715.215,53	2.715.215,53
IV. Kapitalrücklage	4.665.256,47	4.665.256,47
V. Gewinnvortrag	28.889.268,53	28.889.268,53
	36.269.740,53	36.269.740,53
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	230.465.356,00	199.253.804,00
2. Steuerrückstellungen	3.079.745,43	2.371.512,03
3. Sonstige Rückstellungen	182.914.684,10	200.076.398,74
	416.459.785,53	401.701.714,77
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.123.811,11	27.199.959,10
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon gegen Gesellschafter T€ 177.656 ; Vorjahr T€ 174.471)	638.911.603,62	587.353.456,47
3. Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern T€ 44.987; Vorjahr T€ 55.241) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit T€ 56; Vorjahr T€ 68)	50.466.690,25	56.418.541,93
	709.502.104,98	670.971.957,50
	1.162.231.631,04	1.108.943.412,80

JANSSEN-CILAG GmbH, Neuss
**Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022**

	2022	2021
	€	€
1. Umsatzerlöse	2.936.275.536,01	2.628.267.304,87
2. Sonstige betriebliche Erträge	13.033.427,38	9.495.946,99
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.407.819.679,41	2.090.635.092,35
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	169.793.235,37	155.637.651,64
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung T€ 28.566; Vj. T€ 38.160)	45.999.805,68	55.864.938,93
	215.793.041,05	211.502.590,57
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.129.223,85	4.576.825,67
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	142.679.679,94	151.964.860,38
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen T€ 46; Vj. T€ 0)	46.029,56	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon Aufwendungen aus Aufzinsung T€ 3.814; Vj. T€ 6.006)	3.837.361,20	6.016.262,83
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (davon Steuerumlagen T € 60.943; Vj T€ 66.839)	60.942.534,40	66.839.131,22
10. Ergebnis nach Steuern	114.153.473,10	106.228.488,84
11. Sonstige Steuern	188.264,93	169.350,42
12. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn	113.965.208,17	106.059.138,42
13. Jahresüberschuss	0,00	0,00

JANSSEN-CILAG GmbH, Neuss**Anhang für das Geschäftsjahr 2022****A. Grundsätze der Rechnungslegung****1. Allgemeine Angaben**

Die JANSSEN-CILAG GmbH hat ihren Sitz in Neuss und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Neuss (HR B Reg.Nr. 3038). Die Gesellschaft ist eine Tochtergesellschaft der Johnson & Johnson Holding GmbH, Norderstedt, die sämtliche Geschäftsanteile hält. Die Gesellschaft wird im US-Konzernabschluss der Johnson & Johnson, New Brunswick, New Jersey/USA, einer Gesellschaft nach dem Recht des Staates New Jersey, erfasst. Der Konzernabschluss kann bei dieser Gesellschaft eingesehen oder angefordert werden und ist auch im Internet erhältlich.

Die JANSSEN-CILAG ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 und 4 HGB.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Ab dem 1 Januar 2020 besteht eine körperschaft- und gewerbsteuerliche Organschaft mit der Muttergesellschaft Johnson & Johnson Holding GmbH, Norderstedt. Neben einem Ergebnisabführungsvertrag wurde ein Gewerbe- und Körperschaftsteuerumlagevertrag zur Umlagefinanzierung der Steuerzahlungen entsprechend dem Ausgleichsanspruch unter Gesamtschuldnern lt. § 426 Abs. 1 BGB abgeschlossen. Der Jahresabschluss wird nach den Rechnungslegungsvorschriften für Kapitalgesellschaften des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) unter Berücksichtigung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt.

Die Davon- Vermerke sind teilweise im Anhang dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Die Gliederungen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert. Alle Beträge in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden in Euro (€), im Anhang in Tausend Euro (T€) angegeben.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Angaben

Die Bewertung der einzelnen Vermögens- und Schuldposten erfolgte entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften.

Im Berichtsjahr wurden keine Abweichungen von in Vorperioden angewandten Bilanzierungs und/oder Bewertungsmethoden vorgenommen.

Bilanzierung und Bewertung der Bilanzposten

Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen werden um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Auf die Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Wirtschaftsgütern hat die Gesellschaft verzichtet.

Die Abschreibungen erfolgen planmäßig nach der linearen Methode. Die Nutzungsdauern betragen:

Anlagenklasse	Nutzungsdauern (in Jahren)
Immaterielle Vermögensgegenstände	3 - 5
Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grund	33
Technische Anlagen und Maschinen	5 - 15
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 - 13

Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen zeitanteilig. Anlagengüter mit Anschaffungskosten bis einschließlich 250 Euro werden im Zeitpunkt der Anschaffung als Aufwand abgezogen. Anlagengüter mit Anschaffungskosten zwischen 250 Euro und 1.000 Euro werden jahrgangsbezogen in einem Sammelposten eingestellt und im Jahre des Zugangs sowie in den vier darauffolgenden Jahren linear abgeschrieben.

Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau werden zum Nennwert angesetzt.

Die **Finanzanlagen** werden zu Anschaffungskosten bewertet. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn voraussichtliche dauernde Wertminderungen vorliegen.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** werden zum Nominalwert abzüglich einer Wertberichtigung für die Inanspruchnahme von Skonti und Rabatte bilanziert. Erkennbaren Risiken und dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch Abwertungen auf Forderungen ausreichend Rechnung getragen.

Die **übrigen Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert angesetzt. Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten keine Vermögensgegenstände, die rechtlich nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

Die **flüssigen Mittel** sind zum Nennwert bilanziert.

Innerhalb der **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden Vorauszahlungen für künftige Zeiträume zeitanteilig abgegrenzt.

Das **Eigenkapital** wird mit dem Nennwert ausgewiesen. Die nicht eingeforderten, ausstehenden Einlagen betreffen eine Kapitalerhöhung des Geschäftsjahres 1987 von insgesamt € 4,76 Mio., die zu € 0,67 Mio. durch Gesellschaftsmittel erfolgte. Die verbleibenden € 4,09 Mio. wurden zu einem Viertel direkt durch Barzahlung geleistet. Weitere drei Viertel (T€ 3.068) sind nach einem entsprechenden noch zu fassenden Gesellschafterbeschluss zu leisten.

Die **Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken sowie alle ungewissen Verpflichtungen.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden nach anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels des Anwartschaftsbarwertverfahrens ermittelt. Der Rückstellungsbetrag gemäß dieser Methode ist definiert als der versicherungsmathematische Barwert einer Pensionsverpflichtung, der von den Mitarbeitern bis zu diesem Zeitpunkt gemäß Rentenformel und Unverfallbarkeitsregelung aufgrund ihrer in der Vergangenheit abgeleiteten Dienstzeiten erdient worden ist.

Die Gesellschaft nimmt das Wahlrecht gem. Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB in Anspruch und sammelt den aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertung der laufenden Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen entstandenen Unterschiedsbetrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel an.

Die **Steuerrückstellungen** werden unter Berücksichtigung zukünftiger Nachzahlungen für Lohnsteuer aufgrund Auslandseinsätzen von Mitarbeitern berechnet.

Bei der Bildung der **sonstigen Rückstellungen** ist den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung getragen. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bemessen. Bei der Rückstellungsbewertung sind zukünftige Kosten- und Preissteigerungen einbezogen worden und Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr entsprechend der Rückstellungsabzinsungsverordnung mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Zinssätzen der vergangenen 7 Jahre abgezinst worden (§ 253 Abs. 2 HGB).

Die **Verbindlichkeiten** werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Verbindlichkeiten enthalten keine Beträge, die rechtlich nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

Geschäftsvorfälle in fremder Währung werden zunächst mit dem Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles bewertet. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Soweit Fremdwährungspositionen kursgesichert sind, erfolgt die Bewertung zum entsprechenden Sicherungskurs.

B. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der in der Bilanz ausgewiesenen Positionen des Anlagevermögens und die Abschreibungen des Geschäftsjahres sind dem Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) zu entnehmen.

Unter den Finanzanlagen sind die Anteile an der Corimmun GmbH, Neuss, ausgewiesen.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Beteiligungsanteil	Eigenkapital	Jahresergebnis	letzter vorliegender Abschluss
	%	T€	€	Jahr
Corimmun GmbH, Neuss	100	4.034	471	2021

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Alle Forderungen und Vermögensgegenstände haben, wie im Vorjahr, eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten im Wesentlichen solche aus der Anlage von freien Mitteln im konzerninternen Cashpool gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von T€ 1.013.571 (Vorjahr T€ 945.790) sowie solche aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 32.319 (Vorjahr T€ 42.480). Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Anzahlungen (T€ 798; Vorjahr T€ 798) und sonstige Guthaben bei Versicherungen (T€ 5.566; Vorjahr T€ 646) und sonstige Guthaben bei Versicherungen (T€ 4.830; Vorjahr T€ 0).

3. Flüssige Mittel

Die Flüssigen Mittel betreffen frei verfügbare Guthaben bei einem Kreditinstitut.

4. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden Vorauszahlungen für Werbemaßnahmen, Mitarbeitertagungen und Rentenzahlungen aufgenommen.

5. Gezeichnetes Kapital

Als gezeichnetes Kapital wird das Stammkapital gemäß § 272 Abs. 1 S. 1 HGB i.V.m. § 5 GmbHG ausgewiesen. Das Stammkapital der Gesellschaft wurde bisher nicht auf Euro umgestellt und beträgt weiterhin DM 11.310.500 (entspricht € 5.782.966,82).

6. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage betrifft Zuzahlungen der Gesellschafterin gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB aus Vorjahren.

7. Jahresergebnis vor Gewinnabführung

Das Jahresergebnis vor Gewinnabführung für 2022 in Höhe von T€ 113.965 wird aufgrund des seit dem 1. Januar 2020 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages an die Johnson & Johnson Holding GmbH, abgeführt.

8. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen sind nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung der künftigen Entwicklung bewertet. Der Lohn- und Gehaltstrend wurde mit 2,75%, der BBG Trend mit 2,75% und der Rententrend mit 2,00% angenommen. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Der Rechnungszinssatz beträgt 1,78% (Vorjahr 1,87%) und die Fluktuation wird gemäß einer branchenspezifischen Fluktuationstabelle angenommen. Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes werden im operativen Ergebnis erfasst.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden mit dem 10-jährigen Durchschnittszins abgezinst. Der durchschnittliche Zinssatz für den Zehnjahreszeitraum wird durch die Deutsche Bundesbank ermittelt und bekannt gegeben.

Am 26. Februar 2016 hat der Bundesrat das „Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften“ gebilligt. Das Gesetz ist am 16. März 2016 verkündet worden und am 21. März 2016 in Kraft getreten. Im Zuge des Gesetzes wurde § 253 HGB hinsichtlich der Bewertung der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen geändert und der Zeitraum, über den der Durchschnittszinssatz für die handelsrechtliche Abzinsung von Pensionsrückstellungen berechnet wird, von sieben auf zehn Jahre verlängert. Gemäß Art. 75 Abs. 6 EGHGB n.F. ist die Neufassung des § 253 HGB erstmalig im Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2016 anzuwenden. Daraus ergibt sich zum 31. Dezember 2022 eine Gesamtverpflichtung für Pensionen in Höhe von T€ 234.031. Diese liegt um T€ 18.218 (Unterschiedsbetrag) unter dem Bewertungsansatz für Pensionsrückstellungen, der sich zum 31. Dezember 2022 bei Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnittszinssatzes von 1,44% ergeben hätte. Der Unterschiedsbetrag unterliegt grundsätzlich einer Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB n.F. Eine analoge Anwendung der Abführungssperre kommt nicht in Betracht, weil § 301 AktG, der den Höchstbetrag der Gewinnabführung bestimmt, keinen ausdrücklichen Verweis auf die Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB enthält.

Grundsätzlich haftet die Gesellschaft neben dem J&J Pension Fund OFP im Wege der Subsidiärhaftung auch zukünftig für die übertragenen Pensionsverpflichtungen. Aufgrund des erst kürzlich erfolgten Beitritts zum J&J Pension Fund OFP und der Kapitalausstattung, die über dem handelsrechtlichen Wert der übertragenen Pensionsverpflichtungen liegt, geht die Geschäftsführung nicht von einer Inanspruchnahme aus.

Im Geschäftsjahr 2021 hat die Gesellschaft den überwiegenden Anteil der Pensionsverpflichtungen gegenüber Rentnern in Höhe von T€ 89.415 mit Zustimmung der BAFIN an den J&J Pension Fund OFP, Beerse, Belgien, (Organisation for the Financing of Pensions) übertragen, welcher die vollen Leistungen gegenüber den Anspruchsberechtigten übernimmt. Zur zukünftigen Finanzierung des Pensionsfonds wurde eine Einmalzahlung in Höhe von T€ 98.801 geleistet. Die Differenz in Höhe von T€ 9.386 zwischen dem bisherigen handelsrechtlichen Wertansatz und der Einmalzahlung wurde entsprechend IDW RS HFA 30, Tz. 46 in voller Höhe im Geschäftsjahr 2021 als Aufwendungen für die Altersversorgung erfasst.

9. Steuerrückstellungen

Die Rückstellungen für Steuern beinhalten Lohn- und Kirchensteuer für entsendete Mitarbeiter in Höhe von T€ 3.080.

10. Sonstige Rückstellungen

Wesentliche Einzelposten unter den sonstigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Zahlungen an Krankenkassen aufgrund des BSSichG (Beitragsicherungsgesetz) und Einzelvereinbarungen in Höhe von T€ 82.229, für Verpflichtungen aufgrund von Aktienoptionsprogrammen und Vergütungszusagen in Höhe von T€ 34.815, für noch nicht ausgezahlte Leistungs- und Wettbewerbsprämien für Mitarbeiter von T€ 21.261, für Aufwendungen für Forschung von T€ 9.349, für ausstehende Urlaubsansprüche von T€ 5.604 und für Jubiläen von T€ 8.553.

Die Bewertung der Jubiläumsrückstellung wurde nach den handelsrechtlichen Bestimmungen durchgeführt. Als Rechnungsgrundlage dienen die „Richttafeln 2018 G“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinssatz von 1,44% für Jubiläumsrückstellung sowie eines Lohn- und Gehaltstrends von 2,75% und eines BBG-Trends von 2,75%.

Die Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von aktienbasierten Vergütungszusagen der Konzernobergesellschaft wurde zum inneren Wert der Aktienoption zum Bilanzstichtag vorgenommen. Zum 31. Dezember 2022 betrug der Wert der Verpflichtungen T€ 34.815.

Die Rückstellungen für Urlaub und geleistete Mehrarbeit werden individuell auf Grundlage der aufgelaufenen, noch zu gewährenden Urlaubstage bzw. für die im Geschäftsjahr 2022 geleistete Mehrarbeit der Mitarbeiter unter Berücksichtigung der Vergütung des betreffenden Mitarbeiters einschließlich der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung ermittelt.

11. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel mit Angabe der Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren:

	Gesamt 31.12.2022	Restlaufzeit			Gesamt 31.12.2021
		bis 1 Jahr	> 1 Jahr	>5 Jahre	
	T€	T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistung	20.124	20.124	0	0	27.200
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	638.912	638.912	0	0	587.353
Sonstige Verbindlichkeiten	50.467	50.467	0	0	56.419
	709.503	709.503	0	0	670.972

Im Vorjahr betragen die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten ebenfalls bis zu einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten solche aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 421.901 (Vorjahr T€ 368.885), aus Ergebnisabführungsverträgen in Höhe von T€ 113.965 (Vorjahr T€ 106.059) sowie aus Steuerumlagen in Höhe von T€ 63.691 (Vorjahr T€ 68.412).

12. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse wurden in der Human-Medizin (T€ 2.834.788, Vorjahr: T€ 2.511.791) und durch konzerninterne Dienstleistungen (T€ 101.488; Vorjahr: T€ 116.476) generiert. Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt.

13. Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 11.616 (Vorjahr T€ 8.024) sowie Erträge aus Währungsumrechnung in Höhe von T€ 1.353 (Vorjahr T€ 1.332) enthalten.

14. Personalaufwand

In den Löhnen und Gehältern sind Aufwendungen aus Mitarbeiteraktienoptionsprogrammen in Höhe von T€ 15.571 (Vorjahr T€ 16.757) enthalten.

15. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Abschreibungen beinhalten ausschließlich planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen und betreffen insbesondere die Abschreibung der Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung.

16. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für Werbung (T€ 57.806, Vorjahr T€ 72.052), Aufwendungen für den Fuhrpark (T€ 9.025, Vorjahr T€ 6.949), Marktforschung (T€ 13.668, Vorjahr T€ 17.950) und Beratungs- und Dienstleistungsaufwendungen (T€ 5.981, Vorjahr T€ 6.064) enthalten. Periodenfremde Aufwendungen lagen vor in Höhe von T€ 1.783 (Vorjahr T€ 1.783) und resultieren aus der Umstellung der Pensionsrückstellungen im Rahmen des BilMoG zum 1. Januar 2010.

Die Aufwendungen aus Währungskursdifferenzen betragen T€ 275 (Vorjahr T€ 1.847).

17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Als Steuern vom Einkommen und vom Ertrag werden die Körperschaft- und Gewerbeertragsteuer ausgewiesen, die überwiegend aus der Steuerumlage der Johnson & Johnson Holding GmbH, Norderstedt, resultieren. Sie belasten das Ergebnis in Höhe von T€ 60.943 (Vorjahr € 66.839) und wurden in voller Höhe vom Organträger belastet.

18. Sonstige Steuern

Bei den sonstigen Steuern (T€ 188; Vorjahr T€ 169) handelt es sich um Kfz-, und Grundsteuer.

C. Sonstige Angaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus bestehenden Leasingverträgen ergaben sich nicht bilanzierte Verpflichtungen gegenüber dem verbundenen Unternehmen Johnson & Johnson Financial Services GmbH, Norderstedt, und der Stadt Neuss in Höhe von € 3.638. Davon entfallen T€ 2.278 auf das Jahr 2022 und T€ 1.360 auf die Jahre 2023 bis 2025.

2. Haftungsverhältnisse

Es besteht eine Avalkreditlinie in Höhe von T€ 30.000 (Vorjahr T€ 30.000) unter gesamtschuldnerischer Haftung der Gesellschaft und der Unternehmen im Verbundbereich, die nicht in Anspruch genommen wurde. Mit einer Inanspruchnahme aus gesamtschuldnerischer Haftung ist aufgrund der konzerninternen Refinanzierungsmöglichkeiten der beteiligten Konzerngesellschaften nicht zu rechnen.

3. Derivative Finanzinstrumente

Grundsätzlich werden zur Absicherung des Risikos für USD - Kursschwankungen im Zusammenhang mit den Group Service Costs Devisentermingeschäfte im Konzernverbund (Hedging) abgeschlossen. Zum Jahresende waren keine Devisentermingeschäfte mehr ausstehend.

4. Beschäftigte

Durchschnittlich wurden im Geschäftsjahr 1.374 Mitarbeiter (Vorjahr 1.305) beschäftigt. Davon entfallen auf den Innendienst 1.047 (Vorjahr: 989) Mitarbeitende und auf den Außendienst 327 (Vorjahr 316) Mitarbeitende. Bei den Mitarbeitern handelt es sich ausschließlich um Angestellte.

5. Honorar des Abschlussprüfers

Zum Abschlussstichtag belief sich das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für auf das Geschäftsjahr entfallende Dienstleistungen auf T€ 167 für Abschlussprüfungsleistungen.

6. Marktunübliche Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen.

Es bestehen keine marktunüblichen Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen.

7. Geschäftsführung

Der Geschäftsführung gehörten an:

- Andreas Gerber, Managing Director, Coppel/Schweiz, Vorsitzender
- Carmen Kisters, Senior Finance Director Janssen, Düsseldorf
- Dr. Holger Bartz, Head Medical & Scientific Affairs Germany, Hirschberg an der Bergstrasse (ab 15. Juni 2022)
- Dr. Susanne Götting, Legal Director Janssen Germany, Köln, (ab 15. November 2022)
- Dr. Christoph Bug, Director Medical Affairs Janssen, Düsseldorf (bis 31 Januar 2022)

Die für die Tätigkeit des Geschäftsführungsorgans im Geschäftsjahr 2022 gewährten Gesamtbezüge beliefen sich auf T€ 2.559. Darüber hinaus sind im Geschäftsjahr 2022 insgesamt 9.796 Stück neue Bezugsrechte in einem Wert von T€ 619 gewährt worden.

Die Ruhestandsbezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung betragen T€ 177. Die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder der Geschäftsführung betragen zum Bilanzstichtag 2022 T€ 19.929.

Den Mitgliedern der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates wurden keine Vorschüsse oder Kredite eingeräumt. Auch Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personengruppe wurden nicht eingegangen.

8. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehören an:

- Karen Puck, Director Tax Germany, Molfsee (Vorsitzende)
- Andrew Morris, Plant Manager, Halstenbeck
- Dr. Klaus Suwelack, Korschebroich, Jüchen (Arbeitnehmervertreter)

Der Aufsichtsrat erhielt von JANSSEN-CILAG keine Bezüge für seine Tätigkeit.

9. Nachtragsbericht

Nach dem 31. Dezember 2022 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die eine wesentliche Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft hatte und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz zum 31. Dezember 2022 berücksichtigt worden sind.

Am 1. Januar 2023 ist das neue Finanzstabilisierungsgesetz in Kraft getreten, Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht auszuschließen.

10. Konzernabschluss

Die JANSSEN-CILAG GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Johnson & Johnson Holding GmbH. Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird zusammen mit der Johnson & Johnson Holding GmbH in den nach US-Grundsätzen aufgestellten internationalen Konzernabschluss zum 31. Dezember 2022 der Johnson & Johnson, New Brunswick/ New Jersey/USA, (kleinster und größter Konsolidierungskreis) einbezogen und ist unter <http://www.investor.jnj.com/sec.cfm> veröffentlicht.

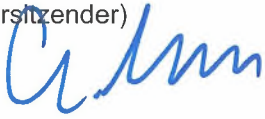
Die vom deutschen Recht abweichend angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden betreffen überwiegend die Pensionsrückstellungen, die Rückstellungen für Aktienoptionspläne, die Rückstellungen für Abfindungen, die Abgrenzung von Umsatzerlösen und Wareneinsatz sowie Ertragsteuern und latente Steuern.

11. Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

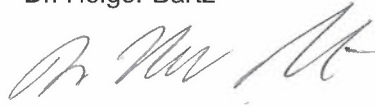
Der Jahresüberschuss wird aufgrund des mit der Johnson & Johnson Holding GmbH bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags an diese abgeführt.

Neuss, den 3. Juli 2023

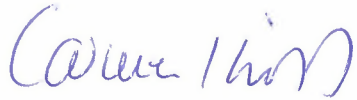
Andreas Gerber
(Vorsitzender)

Handwritten signature of Andreas Gerber in blue ink.

Dr. Holger Bartz

Handwritten signature of Dr. Holger Bartz in blue ink.

Carmen Kisters

Handwritten signature of Carmen Kisters in blue ink.

Dr. Susanne Götting

Handwritten signature of Dr. Susanne Götting in blue ink.

Anlagenspiegel

JANSSEN-CILAG GmbH

Entwicklung des Anlagevermögens für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				
	01.01.2022	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2022
	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	2.646.471,75	0,00	0,00	34.250,48	2.612.221,27
	2.646.471,75	0,00	0,00	34.250,48	2.612.221,27
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	61.137.449,16	45.597,04	246.497,68	0,00	61.429.543,88
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.289.448,95	33.971,00	0,00	0,00	1.323.419,95
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	28.140.403,22	2.971.353,88	-468,00	2.847.516,14	28.263.772,96
4. Anlagen im Bau	246.497,68	(468,00)	-246.029,68	0,00	0,00
	90.813.799,01	3.050.453,92	0,00	2.847.516,14	91.016.736,79
III. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	81.060.066,07	0,00	0,00	0,00	81.060.066,07
	174.520.336,83	3.050.453,92	0,00	2.881.766,62	174.689.024,13

Abschreibungen				Restbuchwerte	
01.01.2022	Zugänge	Abgänge	31.12.2022	31.12.2022	31.12.2021
€	€	€	€	€	€
2.255.548,85	127.359,90	21.735,02	2.361.173,73	251.047,54	390.922,90
2.255.548,85	127.359,90	21.735,02	2.361.173,73	251.047,54	390.922,90
31.880.474,72	1.104.263,93	0,00	32.984.738,65	28.444.805,23	29.256.974,44
1.040.340,50	57.254,36	0,00	1.097.594,86	225.825,09	249.108,45
19.961.438,85	2.840.345,66	2.158.815,22	20.642.878,49	7.620.894,47	8.178.964,37
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	246.497,68
52.882.254,07	4.001.863,95	2.158.815,22	54.725.212,00	36.291.524,79	37.931.544,94
77.074.417,07	0,00	0,00	77.074.417,07	3.985.649,00	3.985.649,00
132.212.219,99	4.129.223,85	2.180.550,24	134.160.802,80	40.528.221,33	42.308.116,84

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die JANSSEN-CILAG GmbH, Neuss

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der JANSSEN-CILAG GmbH, Neuss, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der JANSSEN-CILAG GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) als nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschrif-

ten entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

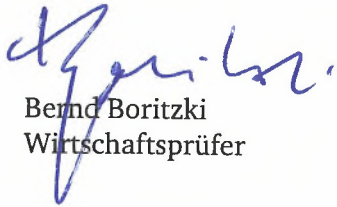
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Um-

fang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, den 3. Juli 2023

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Bernd Boritzki
Wirtschaftsprüfer


ppa. Margret Roß
Wirtschaftsprüferin



Leerseite aus bindetechnischen Gründen

